

Haushaltsrede des Oberbürgermeisters der Stadt Frankenthal (Pfalz),

Martin Hebich, anlässlich der Haushaltseinbringung 2021,

4. November 2020

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie heute Abend recht herzlich zu einer der letzten Stadtratssitzungen für das Jahr 2020. Gleichzeitig ist sie aber eine der wichtigeren Sitzungen. Denn wir wollen heute den Haushalt für das Jahr 2021 einbringen.

Seit Montag gilt – nach dem Frühjahr – nun der zweite Lockdown. Wir sind uns alle der Schwere der Eingriffe bewusst, die alle Lebensbereiche, die Berufsfreiheit und das Wirtschaftsleben betreffen. Es wird sich zeigen, ob diese im Ergebnis Erfolg zeigen und zu einem Abflachen der Infektionsraten führen. Auch werden sicherlich die Gerichte noch eingehend in Urteilen auf Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit eingehen.

Was wir aber jetzt schon erahnen können, sind andere Folgen. Neben der Wirtschaft sind natürlich auch die Städte unmittelbar durch die Pandemie in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit betroffen. So steht die heutige Haushaltseinbringung natürlich im Zeichen von Corona.

Frankenthal steht bei den kommunalen Haushaltsplanungen, so wie die gesamte Bundesrepublik, vor enormen Herausforderungen. Ob die Krise, die wir gerade meistern müssen, das finanzielle Strukturproblem von Rheinland-Pfalz in der Zukunft noch weiter verschärfen wird, wissen wir nicht. Aber die unzureichende Finanzausstattung, unter der wir Städte seit Jahrzehnten leiden, nimmt aktuell wieder zu. Unsere eigenen Anstrengungen, die Finanzen in den Griff zu bekommen, werden gerade von äußeren Faktoren, die wir nicht verändern können, leider negativ beeinflusst.

Wir drohen an den Sozial- und Pflichtausgaben zu ersticken. Wir erwarten, dass die von unseren Bürgern benötigten Hilfen pandemiebedingt weiter ansteigen werden. Mit der gesamten Kreativwirtschaft leidet ein Wirtschaftszweig, dessen wirtschaftliche und soziale Bedeutung uns erst jetzt so richtig bewusst geworden ist. Wir haben hier vieles als selbstverständlich hingegenommen. Das war es nicht. Nun benötigen wir hier – und an manch anderer Stelle – dringende Hilfe der Landes- und Bundesregierung. Wir brauchen neue, passgenau zugeschnittene Konzepte.

In den letzten Jahren ging es der Wirtschaft immer besser. Die robuste Konjunktur der vergangenen Jahre kurbelte unsere Steuereinnahmen an. Wir konnten erste Erfolge bei der Rückgewinnung unseres finanziellen Gestaltungsspielraums verzeichnen. Auch wenn schon vor Corona einige dunkle Wolken am Horizont auftauchten, die auf eine Eintrübung der Konjunktur hindeuteten, so hat uns nun die Wucht doch überrascht. Denn mitten in eine sich abschwächende Wirtschaftslage platzte im Frühjahr ein Virus, dessen Name – Sars-CoV-2 – zu Beginn niemand richtig wiedergeben konnte und den inzwischen niemand mehr hören will. Städte, die ohnehin schon auf der finanziellen Kippe standen, befinden sich nun in einer Wirtschafts- und Finanzlage,

die schwer aus den Fugen geraten ist. Auch für Deutschland wird eine schwere Rezession prognostiziert. Mit den bereits getroffenen Hilfspaketen hat zwar eine kleine Erholung im Sommer eingesetzt. Aber uns ist auch bewusst: Wir sind erst am Anfang dieses Prozesses. Das Bruttoinlandsprodukt für Deutschland in 2020 liegt laut Prognose der Bundesregierung im Oktober bei aktuell Minus 5,5% und für 2021 bei Plus 4,4%.

Aber diese Prognosen sind natürlich nur Hochrechnungen. Die Parameter und Berechnungsgrundlagen dieser Prognosen ändern sich im Hinblick auf die tatsächliche Lage ständig. So ist zwar die September-Steuerschätzung präziser als die im Mai. Gleichwohl sind bei ihr so manche Fragezeichen angebracht. Aktuell stellen wir uns darauf ein, dass die Kommunen in den Jahren 2022 bis 2024 mit weniger Steuereinnahmen zurechtkommen müssen. So kommt es auch zu weniger Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Weitere Risiken, die auf eine schlechtere Entwicklung hindeuten, überwiegen die Aussichten auf eine Besserung.

Uns allen muss klar sein: Das Virus wird uns noch bis weit in das Jahr 2021 beschäftigen. Auch bei einem verfügbaren Impfstoff werden noch sehr lange Gesundheitschutz und -vorsorge notwendig sein, bis weite Teile der Bevölkerung über einen Impfschutz verfügen.

Heute legen wir Ihnen den Haushaltsentwurf für 2021 vor. Die Ihnen vorliegenden Unterlagen sind sehr umfassend. Man kann erahnen, wie viel Diskussionen und Fleißarbeit, aber auch zähes Ringen in den einzelnen Positionen steckt. Und die Anzahl der Seiten gibt nur einen Bruchteil der Arbeitsstunden wider, die daran gearbeitet wurde.

So umfangreich das Zahlenwerk auch ist, so sind es auch die Herausforderungen. Die Themen, die uns beschäftigen, müssen wir – Politik und Verwaltung – gemeinsam bearbeiten. Die Digitalisierung hat pandemiebedingt einen Katalysatoreffekt erfahren. Plötzlich waren wir alle gezwungen, uns in virtuelle Räume zurückzuziehen. Was vorher für viele noch nicht so recht vorstellbar erschien, wurde plötzlich über Nacht normal. Innerhalb weniger Wochen wurden die technische Ausstattung und Infrastruktur in einem Maße verbessert, wofür man in normalen Zeiten viele Monate oder sogar mehrere Jahre gebraucht hätte. Nun ist es an der Zeit, so manche spontane Notlösung in geordnete Bahnen zu überführen.

Trotzdem bleiben für uns Kommunen auch weitere Herausforderungen bestehen. Viele Themen haben gerade ihre öffentliche Plattform verloren, aber das heißt nicht, dass sie nicht weiter stattfinden oder nicht mehr wichtig sind. Sie bleiben auch weiterhin Herausforderungen für uns, denen wir uns widmen müssen. So ist es bundesweit, sogar global, ruhiger um den Klimaschutz geworden – aber diese Aufgabe haben wir noch nicht gelöst.

Pandemiebedingt könnte es in Zukunft vielen in unserer Gesellschaft schlechter gehen. Das heißt, Lösungen zum bezahlbaren Wohnen werden drängender. Trotz Corona konnte unsere Verwaltung an vielen Themen weiterarbeiten und Weichen stellen.

Aber Corona hat auch gezeigt: Die Verwaltung arbeitet auch in Krisenzeiten, ist weiter für ihre Bürger da und garantiert die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der öffentliche Dienst hat seine Bewährungsprobe in diesem Jahr bestanden. Die Corona-Herausforderungen in der Verwaltung haben aber einmal mehr gezeigt, wie groß unsere

Personal- und Raumprobleme sind. Denn eine Verwaltung ist nur so leistungsstark, wie es ihre Mitarbeiter sind. Und unsere Mitarbeiter haben in den vergangenen Monaten viel geleistet. Leider sind wir im Personalbestand immer noch sehr auf Kante genäht. Personalknappheit fordert ihren Tribut. Es gibt keine personellen Reserven. Und wir schauen mit Sorge auf die nun bevorstehenden Monate. Ich werbe daher heute um Verständnis. Wir sind mit immensen Aufgaben konfrontiert, und unsere Mitarbeiter tun ihr Bestes. Aber die Projekte werden komplexer, nehmen in Umfang und Art zu, sollen aber in geringerer Zeit mit weniger Leuten erledigt werden. Dieses Missverhältnis müssen wir beheben. Wir beantragen daher auch in diesem Jahr Stellenmehrungen. Aber wir müssen auch strategisch mehr und mehr Prozesse umstellen. Wir müssen mehr Gelder in intelligente Softwarelösungen investieren, die unseren Mitarbeitern eine echte Zeitersparnis bringen. Und wir müssen sie dafür schulen. Auch hierfür benötigen wir in der nächsten Zeit mehr Geld: Denn die besten Systeme helfen keinem, wenn sie nicht ganz selbstverständlich bedient werden können.

Für die Beschäftigten freue ich mich über die beschlossenen Tariferhöhungen. Natürlich wirken sich auch diese auf den Haushalt aus, aber wir tragen diese Belastung mit. Gutes und motiviertes Personal benötigt auch Geld.

Im Vergleich zu anderen Kommunen sind wir durch die erste Corona-Welle sehr gut durchgekommen. Bei der jetzigen zweiten Welle werden wir – wie fast alle Kommunen – mit voller Wucht getroffen. Gleichwohl geht es uns im Hinblick auf unsere Finanzen im Vergleich zu anderen Städten besser als es zu erwarten gewesen wäre. Vor allem die Einbrüche bei der Gewerbesteuer machen uns zu schaffen. Uns fehlen Erträge. Und wir haben zusätzliche Aufwendungen. Und mit einem gewissen zeitlichen Versatz

werden durch die Corona-Pandemie auch die Aufwendungen für die soziale Sicherung deutlich steigen, insbesondere dann, wenn es zu einer Pleitewelle kommt.

Unsere Investitionen und unsere Projekte konnten wir trotzdem recht zufriedenstellend weiter vorantreiben. So langsam kommen aber auch bei uns die nachgelagerten Auswirkungen an. Firmen gehen in Kurzarbeit, es entstehen Lieferengpässe, Verzögerungen führen zu Mehrkosten – die am Ende wir tragen müssen.

Als kreisfreie Stadt stehen auch wir unter Kontrolle. Die ADD überwacht unseren Haushalt und fordert uns auf, die Ertragsseite zu verbessern. Etwas, was wir in der Krisenzeit nicht tun können. Wir planen keine Steuererhöhungen. Wir glauben, dass das gegenwärtig nicht vermittelbar ist und das falsche Signal wäre. Wir müssen nun erst einmal wieder auf Kurs kommen und auch durch Zurückhaltung bei der Steuerbelastung unserer Wirtschaft helfen.

Unser Schuldenstand zum 31.12.2019 belief sich mit unseren Eigenbetrieben auf 93,8 Mio. Euro an Investitionskrediten sowie 154,5 Mio. Euro an Krediten zur Liquiditätssicherung. Hinzu kommen die Kredite für die Kernverwaltung des laufenden Haushaltsjahres 2020 in Höhe von 12,6 Mio. Euro. Da wir 3,9 Mio. Euro Schulden tilgen, haben wir eine Netto-Neuverschuldung von 8,8 Mio. Euro.

Unser Haushaltsplan für 2020 war zum ersten Mal seit 26 Jahren ausgeglichen – es war sogar ein leichter planmäßiger Überschuss in Höhe von über 300.000 Euro zu erwarten. Corona hat unsere Zahlen des Nachtragsplans und für 2021 stark verschlechtert.

Jüngst haben rheinland-pfälzische (Groß-)Städte unter anderem gefordert, dass die Ordnungsämter mehr Unterstützung erfahren und weiterhin an einer Lösung der Altschuldenproblematik gearbeitet wird. Dieser Forderung können wir uns nur anschließen.

Nach wie vor halten wir auch an der Forderung fest, dass es einfacher wäre, wenn den Kommunen von Bund und Ländern mehr Steuereinnahmen zugestanden würde, anstatt vielfältige Investitions- und Aktionsprogramme an komplexe Förderrichtlinien zu binden, die im Ergebnis bestimmtes politisch erwünschtes Verhalten belohnen. Wenn auf Bundes- und Landesebene entbürokratisiert oder standardisiert würde, wäre uns wirklich geholfen.

Folie 2

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich höre überall nur: 2021 – das Jahr kann nur besser werden. Nachdem uns dieses Jahr viele Entbehrungen gebracht hat und die Zahlen für 2021 im Keller sind, so erwarten wir doch nach dem Tief wieder ein Hoch. Die Erwartungen sind groß, die wir an 2021 stellen.

Folie 3

Ein Thema der kommunalen Finanzen ist der Investitionsstau, der in Deutschland in Milliardenhöhe liegt. Auch wir in Frankenthal schieben eine Bugwelle vor uns her. Es gilt, diesen Stau aufzulösen. Mit den richtigen Konzepten müssen wir weitere Vermögenswerte schaffen.

Wie Sie auf der Folie sehen, investieren wir insgesamt über 19 Mio. Euro, davon fällt mit über 9,7 Mio. Euro ein Großteil auf die Schulen. Aber auch der Hochbau mit 3,5

Mio. Euro ist 2021 nennenswert sowie rund 1,7 Mio. Euro für Kitas und rund 1,5 Mio. Euro für den ÖPNV.

Folie 4

Einen Großteil der Investitionen finanzieren wir über Investitionskredite. Da wir insgesamt rund 5,7 Mio. Euro Zuwendungen und Beiträge erhalten, errechnet sich eine Summe von fast 14 Mio. Euro, die wir über Kredite finanzieren müssen. Im Gegenzug tilgen wir Altschulden und Liquiditätskredite.

Von unseren Verkaufserlösen müssen wir 50 Prozent – nach Vorgaben der ADD – dem Ergebnishaushalt zuführen.

Folie 5

Aufgrund dieser Bugwelle erhöhen wir auch 2021 wieder die Investitionen. Nachdem 2020 unsere Planungen der Projekte in einer Phase waren, in der wir für den Haushalt mit weniger Zuwendungen von Fördergeldern kalkulieren mussten, ist die Quote 2021 besser. Unsere Investitionskreditfinanzierungsquote sinkt wieder auf 68 Prozent.

Folie 6

So hoch diese Summen auch scheinen, sie erreichen eine Wertsteigerung für unsere Stadt, die nötig ist. Ob Infrastruktur oder Gebäude, wir mehren unsere bleibenden Werte, unser Vermögen.

Es zeigt sich, meine Damen und Herren,
dass wir zusammen genommen mit den Sanierungen im Unterhaltungsbereich von rund 4,3 Mio. Euro und dem Investitionsbedarf bei rund 24 Mio. Euro landen.

Folie 7

Der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt für 2021 ist dank der gesteigerten Schlüsselzuweisungen des Landes noch vertretbar. Er liegt bei 4,1 Mio. Euro. Wir bekommen vom Land endlich fast 100 Euro mehr pro Einwohner zugewiesen.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, die Jahresfehlbetragsquote zu reduzieren. Im letzten Jahr konnten wir uns dadurch einem ausgeglichenen Haushalt annähern. 2021 sind die Rahmenbedingungen deutlich schwieriger. Gleichwohl halten wir bei der finanziellen Konsolidierung auch Kurs.

Folie 8

Wenn wir den Jahresfehlbetrag aufschlüsseln in Erträge und Aufwendungen, ergibt sich folgendes Bild: Bei Erträgen und Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit erwirtschaften wir ein Minus von 0,5 Mio. Euro und bei den Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen ein Minus von 2,5 Mio. Euro. Hier sehen wir ganz deutlich, wie sich Corona auswirkt: im Nachtragsplan für 2020 haben wir ein Minus von 4,3 Mio. Euro – geplant war ein Minus von 1 Mio. Euro.

Folie 9

Gehen wir nun über zum Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen. Für 2021 können wir nur ein kleines Plus von 1 Mio. Euro erwarten. Mit dem Nachtragsplan 2019 erwarteten wir ebenfalls ein kleines Plus von rd. 500.000 Euro. Im Nachtrag 2020 allerdings planten wir dann wieder mit einem kleinen Minus. Die Verschiebungen sind allgegenwärtig.

Folie 10

Das bedeutet: Wir planen für 2021 einen zahlungswirksamen Überschuss aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 4,7 Mio. Euro. Unsere Erwartungen für 2020 lagen zum Stand der Einbringung bei 5,2 Mio. Euro – der Nachtrag weist uns nur noch ein Plus von 0,8 Mio. Euro aus. Dies müssen wir in Zusammenhang mit dem zahlungswirksamen Fehlbetrag aus dem Saldo der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen von minus 2,5 Mio. Euro sehen.

Folie 11

Außerdem reduzieren wir die Fehlbetragsquote auf 2,8 %.

In diesem Jahr müssen wir die Neuaufnahme von Liquiditätskrediten hochfahren – wir planen aktuell mit 2,7 Mio. Euro.

Die im Haushaltsplan 2020 angenommenen Steuereinnahmen von über 57 Mio. Euro werden nicht eintreffen. Mehr noch, sie liegen aktuell rund 10 Mio. Euro unter unseren Erwartungen (NPL 2020). Somit kalkulieren wir für 2021 nun auch nur mit 52,3 Mio. Euro. Aber gerade hier ist es eine Planung mit Unsicherheit: wir wissen nicht, wie lange unsere Wirtschaft noch das verkraftet, was wir ihr gerade zumuten.

Folie 12

Bevor wir uns nun die Bereiche im Einzelnen anschauen, sehen wir hier noch einmal die Eckdaten im Detail. Diese zeigen im Vergleich die Werte des Haushaltsplans 2021 und die Werte des Nachtragsplans für 2020 sowie die Werte aus der Einbringung 2020. Wir sehen, wie gut unsere Planzahlen – vor Corona – standen und was uns der Nachtragsplan 2020 beschert hat. Wie bereits erwähnt, wird in der untersten Zeile ganz

deutlich, dass wir fast 8 Mio. weniger Steuereinnahmen haben gegenüber der Einbringung 2020.

Folie 13

Im Folgenden werde ich Ihnen nun die Projekte der einzelnen Fachbereiche kurz aufzeigen. Vieles wird auch im nächsten Jahr noch im Zeichen von Corona stehen. Wir hoffen alle, dass die Auswirkungen eher kürzer als länger zu spüren sein werden. Und dass wir eher früher als später zu einer Normalität zurückkehren können, die uns allen fehlt. Der Kampf gegen Corona steht aber noch eine Zeit lang über vielen anderen Themen.

Vieles muss aber auch bereichsübergreifend bearbeitet werden. Ein augenscheinliches Beispiel ist da die Stadtentwicklung. Das Thema ist zwar vor allem beim Bereich Planen und Bauen angesiedelt, betrifft u. a. aber auch den Kulturbereich mit dem Leuchtturmprojekt Erkenbert-Museum.

Zum 1. Januar wird das neue ÖPNV-Konzept eingeführt. Damit leisten wir einen ersten Beitrag für eine veränderte Mobilität in Frankenthal. Wir weiten das Angebot für den öffentlichen Nahverkehr ab 2021 deutlich aus.

Schwerpunkte sind aber auch große Infrastrukturmaßnahmen und insbesondere der nötige Kita-Ausbau und die Schulmodernisierung.

Werfen wir nun einen genaueren Blick darauf.

Folie 14

Die Stadtentwicklung – auch im Hinblick auf unseren Stadtumbau – beim Bereich

Planen und Bauen steht im Zeichen der Bürgerbeteiligung. Hier laufen gerade mehrere Prozesse, im Pilgerpfad und in der Innenstadt. Beim Stadtumbau in der Innenstadt, dessen „Lebendiges Zentrum“ das Projekt „Erkenbert-Museum“ ist, werden wir 2021 die Sanierungssatzung ausweisen. Anfang des Jahres werden wir auch die Sanierungsziele aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) mit einer Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) zusammenfließen lassen. Darin sind die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses und die konkreten Sanierungsziele mit einem Maßnahmenkatalog enthalten.

Beim Erkenbert-Museum hat die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung formal bestätigt, wovon die meisten von uns ausgegangen sind. Das Erkenbert-Museum ist der beste Ort für das Erkenbert-Museum. Daher haben wir nun grünes Licht für die Machbarkeitsstudie, die wir für das Frühjahr erwarten, um dann die europaweite Ausschreibung zu starten.

Rund um dieses Projekt ist auch der Stadtumbau der Innenstadt angesiedelt. Hier beginnen wir 2021 mit den Planungen für das Gebiet rund um das Dathenushaus, so dass dieses gestalterisch und funktional aufgewertet werden kann.

Der Stadtumbau muss auch westlich der Bahnlinie und am ZOB erfolgen. Weitere Planungsschritte werden folgen. Wir wollen große und markante Abschnitte Frankenthals in neuem Licht präsentieren.

Doch zurück zur Bürgerbeteiligung. Diese ist auch im Pilgerpfad weiter gediehen und konnte coronakonform mit neuen Möglichkeiten der Beteiligung durchgeführt werden. So ergibt sich nun ein breites Meinungsbild, das wir den Akteuren des Quartiers jetzt

rückspiegeln werden. Um den notwendigen Veränderungsprozess im Pilgerpfad einzuleiten, wollen wir uns beim Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ bewerben.

Weiteres großes Thema ist nach wie vor der Flächennutzungsplan 2035. Hier gilt es weiterhin, wichtige Grundlagenarbeit zu leisten, zu vermitteln und vorzustellen. Dies haben wir beispielsweise mit der Wohnraumbedarfsprognose in diesem Jahr abgearbeitet. 2021 folgt hier noch ein abschließender Baustein: das Konzept zur strategischen Baulandmobilisierung.

Neue Wohnquartiere sind weiterhin in der Planung und sollen vorangetrieben werden. Ich nenne nur exemplarisch das Projekt Lauterecken-Nord, das Areal Im Bornfeld oder das Baugebiet Speyerbach. Die Mehrzahl der Flächen befindet sich in Privatbesitz, so dass die Stadt viele Gespräche mit teils divergierenden Interessen koordinieren muss. Klar ist uns allen: Wohnen ist weiterhin eine Riesenaufgabe. Bis 2030 – d. h. in den nächsten zehn Jahren – benötigen wir 2.000 Wohneinheiten mehr. Baurecht zu schaffen und Bauleitplanungen fort zu führen muss Priorität haben.

Für die Verwaltung ist ein stimmiges Gesamtgefüge in der Stadtentwicklung essentiell, so dass viele Elemente ineinandergreifen müssen, um für den Bürger ein attraktives Frankenthal zu formen. Hier spielen Fußwegeverbindungen als auch ÖPNV oder der Klimaschutz mit angemessener Durchgrünung eine wichtige Rolle. Alles bedingt sich gegenseitig.

Wo Menschen leben wollen, will auch die Wirtschaft sich ansiedeln – und umgekehrt. Daher ist auch das Thema Gewerbe immer wieder mit Vorrang zu behandeln. Wir werden an die Ausweisung neuer Gewerbeflächen gehen.

Selbstverständlich denken wir heute auch stärker an den entstehenden Flächenverbrauch und kümmern uns intensiv um Ausgleichsflächen und -maßnahmen.

Teil des Flächennutzungsplans ist auch das Einzelhandelskonzept, wo wir uns beispielsweise um den Bebauungsplan einer Lebensmittelkette kümmern und eine Synergie mit der Baumaßnahme erreichen: eine neue städtische Kita. Schneller gebaut und umgesetzt – dank einer Kooperation.

Für ein Stadtbild ist aber auch die Landschaft entscheidend, das Grün was uns umgibt. So erstellen wir derzeit einen Landschaftsplan. Darin enthalten ist auch eine Biotopenkartierung. Alles fließt natürlich auch in den neuen Flächennutzungsplan ein. Für die Abteilung ist auch die Wiederherstellung der aquatischen Fauna in der Isenach eine wichtige Aufgabe. Nur durch eine Vielzahl dieser Maßnahmen können wir einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. 2021 möchten wir auch unser Nachpflanzungskonzept weiter abarbeiten und weitere Grünflächen bienenfreundlich umgestalten.

Im Bereich Planen und Bauen ist auch die Sanierung der Laufbahn im Ostparkstadion angesiedelt. Für die Sanierung der Basketballfelder laufen die Abstimmungen, und auch für den Spielplatz Drachenstadt erfolgen die Planungen.

Folie 15

Den Fachbereich beschäftigen aber noch weitere Bausteine. So gibt es diverse Infrastrukturmaßnahmen, z. B. im Straßenbau oder beim Lärmschutz, die abgearbeitet werden müssen. An Unfallhäufungsstellen müssen Maßnahmen getroffen werden. Aber auch Deckschichten müssen erneuert werden.

Wir verändern den Knotenpunkt an der Wormser Straße zur Industrie- und Wilhelm-Hauff-Straße. In der Lamsheimer Straße kümmern wir uns um den Lärmschutz. Nebenbei ertüchtigen wir Fußgängerwege, Verschleißdecken und stellen regelmäßig Straßenbeleuchtungen auf energiesparende Leuchtmittel um.

Folie 16

Wie Sie eingangs gesehen haben, liegt ein Hauptaugenmerk auf unseren Bildungseinrichtungen. Aber den Bereich Gebäude und Grundstück beschäftigen im Querschnitt auch eben bereits genannte Projekte. Nach dem Ausräumen des Erkenbert-Museums gehen wir an die Kellersanierung. Gemeinsam mit dem Bereich Planen und Bauen, dem Gebäudemanagement sowie dem Kulturbereich wird an der Sanierung und Neugestaltung des Museums gearbeitet. Aktuell wird die Förderkulisse erarbeitet.

Für die Kita im Ostpark wird der Förderantrag gestellt. Der Umbau der Frankenthaler Tafel wird angegangen. Verschiedene Klimaschutzmaßnahmen freuen sicher auch die Klimaschutzmanagerin, die viele Bausteine innerhalb der Verwaltung zusammenführt und wertvolle Bildungsprojekte initiiert. So bleibt das Thema konstant in der Öffentlichkeit und gewinnt auch verwaltungsintern an Bedeutung. So kauft die Stadt Frankenthal beispielsweise seit Juni 2020 ökozertifizierte Hygiene- und Reinigungsmittel ein. Dabei ist uns die Bedeutung von Reinlichkeit in einem wohlbekanntem Kontext in den vergangenen Monaten sehr viel bewusster geworden.

Folie 17

Nun aber zu unserem Hauptteil der Investitionen; dem Schulbau. Auch an den Grundschulen hat sich einiges aufgestaut, was erneuert, ergänzt oder umgebaut werden will. Bei der Carl-Bosch-Schule geht es um die energetische Sanierung der Sporthalle und

danach um die Schulhofgestaltung. An der Neumayerschule müssen wir uns um Container und die Elektrosanierung kümmern. Container müssen wir auch für die Robert-Schuman-Schule beschaffen. Aber auch eine Machbarkeitsstudie an der Friedrich-Ebert-Grundschule ist zu begleiten. Hier geht es um die Frage, ob ein An- bzw. Umbau wirtschaftlicher als ein Ersatzneubau ist. Hinzu kommen Maßnahmen an der Lessing- und Pestalozzischule. Hier müssen die Fassaden saniert werden.

Folie 18

Bei den weiterführenden Schulen schlagen immer noch die zwei Erweiterungsbauten ordentlich zu Buche.

Einerseits das Kooperationsprojekt Karolinen-Gymnasium/ PIH und andererseits am Albert-Einstein-Gymnasium. An beiden Schulen müssen wir uns um die Heizungsanlagen kümmern. Beim AEG ist der Einbau der Fenster mit Sonnenschutzsystemen vorgesehen. Natürlich haben wir die Herstellung und Sanierung der Naturwissenschaftsräume im Blick.

Bei der Friedrich-Schiller-Realschule plus steht die Machbarkeitsstudie an, um eine neue Sporthalle realisieren zu können. An der Friedrich-Ebert-Realschule plus geht es im nächsten Jahr um den Umbau der Mensa, was wir auch mittels Container überbrücken müssen. Und nach dem Brand in der Andreas-Albert-Schule arbeiten wir immer noch an der Sanierung.

Folie 19

Beim Bereich Ordnung und Umwelt ist natürlich in besonderem Maße die Abteilung öffentliche Ordnung sowie das Sachgebiet des Kommunalen Vollzugsdienstes mit der

Umsetzung der Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes, der Corona-Bekämpfungsverordnungen sowie der hierzu ergangenen Allgemeinverfügungen besonders gefordert.

Trotzdem gibt es auch hier Projekte, die wir 2021 angehen müssen. Uns ist dabei bewusst, dass Corona auch weiterhin umfassend Kapazität binden wird. Aber auch Corona hält die klimatischen Veränderungen nicht auf. Es mehren sich die Starkregenereignisse. Am Hochwasserschutzkonzept muss ebenfalls weitergearbeitet werden. Die Landesförderung muss hier 2021 neu angestoßen werden.

Die Notstromanlage im Rathaus ist inzwischen nach der Planung teurer geworden als ursprünglich prognostiziert, so dass diese mit 215.000 Euro im Haushalt zu Buche schlägt. Pandemiebedingt bekamen die Sirenenanlagen 2020 mehr Aufmerksamkeit. Glücklicherweise haben alle angesteuerten Sirenen in Frankenthal funktioniert, trotzdem müssen sie ertüchtigt und ergänzt werden.

Für Notfallsituationen investieren wir weiter in die Ausstattung der Feuerwehr. Aber auch die Einsatzpauschalen stehen zur Erhöhung auf dem heutigen Programm. Neben der Beschaffung von Ausstattung und Fahrzeugen müssen wir bei der Feuerwehr auch über einen Umbau bzw. eine Erweiterung der Hauptfeuerwache reden. Zusätzlich benötigen wir einen Stützpunkt Süd, damit die Einsatzbereitschaft verbessert wird.

Folie 20

Dieser Fachbereich kümmert sich auch um die Verkehrsüberwachung und die Geschwindigkeitsmessung. Für die Verkehrsüberwachung haben wir zusätzliche Stellen

eingepplant und die Bußgelder erhöht. Bei der Geschwindigkeitsüberwachung arbeiten wir weiterhin an einer Interkommunalen Lösung.

2021 wird die verabschiedete Straßenreinigungssatzung eingeführt. Die Sondernutzungssatzung soll überarbeitet werden.

Folie 21

Die größten Veränderungen haben sich erst 2020 im Bereich Familie, Jugend und Soziales ergeben. Denn durch das Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes müssen wir vieles bei der Sachbearbeitung umstellen. Dieser Prozess läuft, ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Kosten, die dadurch und durch das Angehörigenentlastungsgesetz entstehen, wirken sich im Haushalt aus. Ohnehin erwarten wir steigende Sozialausgaben, da die ein oder andere weitere Hilfe für Menschen nötig sein wird. Ich denke hier z. B. an höhere Ausgaben durch höheren Bedarf für Wohngeld.

Neue Ausgaben haben wir hier auch durch die Übernahme der Suchtberatung. Mehrkosten entstehen auch durch die SGB II Leistungen für anerkannte Flüchtlinge. Und viel Arbeit ist auch immer noch in den Gemeinschaftsunterkünften zu leisten, die zusammen mit dem Bereich 31 gestemmt wird. Gerade in Corona-Zeiten sind wir hier verstärkt gefordert – und dadurch auch unsere Finanzen.

Die soziale Infrastruktur ist eine Herausforderung und bleibt eine Daueraufgabe – und die Fallzahlen steigen. Wir brauchen eine langfristige Grundfinanzierung der Sozialpolitik: Sie muss unabhängig von Fördermitteln funktionieren.

Eine absolute Mammutaufgabe hatte das Familienbüro in 2020 zu leisten. Kitabetrieb in Zeiten von Corona: Notbetreuung, eingeschränkter Regelbetrieb, normaler Betrieb und doch nicht normal, Quarantäne und Hygienekonzepte. Vieles musste in kurzer Zeit immer wieder neu organisiert werden. Und auch hier ist leider noch kein Ende in Sicht.

Neben den Sorgen der Eltern beschäftigt uns auch der Bau weiterer Kitas. Die Auswirkungen des Kita-Zukunftsgesetzes müssen bewältigt werden. Der Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren ist für uns eine finanzielle Herausforderung. Aber auch die Suche nach Personal und die Ausweitung von Essensangeboten ist eng an die Raumnot gekoppelt. Um weiteres Baurecht für Kindertageseinrichtungen zu schaffen und die Lage perspektivisch zu entspannen, wird hier eng mit Bauamt und Hochbau zusammengearbeitet.

Folie 22

Der Fachbereich Migration und Integration konnte 2020 sein Integrationskonzept nicht zu Ende fortschreiben. Die Workshops müssen wieder begonnen werden, sobald man sich persönlich treffen kann. Gerade in diesem Bereich ist das Einschränken der sozialen Kontakte eine mögliche Langzeitfolge, deren Auswirkungen wir nicht kennen. Wir müssen den Integrationsprozess wieder aufnehmen. Die Sozialarbeiter stehen zwar mit allen in Kontakt und vereinbaren Termine, aber der unbeschwertere Kontakt ist erschwert – und das erschwert wiederum das Ankommen in unserer Gesellschaft.

Die Kolleginnen und Kollegen verstehen Fortbildung als Daueraufgabe. Denn das Ausländerrecht unterliegt einer starken Dynamik. Ohnehin sind die ausländerrechtlichen Entscheidungen sehr komplex. Trotzdem müssen sie rechtssicher getroffen werden,

um in begründeten Fällen Rückführungen abgelehnter Asylbewerber vornehmen zu können. Die Rückführungen sind aktuell sehr erschwert.

Die Sprachbildung möchte der Bereich Migration und Integration stärker in den Fokus nehmen. Hier gilt es, Angebote zu sondieren und zusammen zu tragen und eventuell auch Neues zu schaffen. Denn die Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft – etwas, was wie eine Floskel klingt und doch so viel Wahrheit beinhaltet. Daher kann ich den Bereich nur ermutigen, hieran weiter zu arbeiten.

Folie 23

Auch wenn wir heute schon viel zu den Baumaßnahmen an Schulen gehört haben, so liegen im Fachbereich Schulen natürlich noch weitere Aufgaben. Ausstattung an Schulen entwickelt sich immer stärker vom Mobiliar hin zu Fragen der Hard- und Software. An einer Frankenthaler Lösung für den Digitalpakt wird bereits gearbeitet. Unseren 19 Schulen wurden 3,4 Mio. Euro für die digitale Infrastruktur in Aussicht gestellt, wovon wir nur 10 Prozent selbst finanzieren müssen. Der Schulentwicklungsplan wird Mitte November im Schulträgerausschuss präsentiert, so dass ich diesem nicht vorweggreifen möchte. Und pandemiebedingt haben wir in diesem Fachbereich auch Mehrausgaben zu tragen, denn wir halten es für wahrscheinlich, dass es auch eine Osterschule für die Schüler geben wird.

Folie 24

Der Bereich Kultur und Sport spürt aktuell in besonderem Maße die Auswirkungen der Corona-Krise auf das kulturelle und sportliche Leben. Die Einschränkungen des Kulturbetriebs und der Kreativwirtschaft haben uns mit einem Schlag bewusst gemacht, welche herausragende Bedeutung Kunst und Kultur für unser tägliches Leben haben.

Während wir die Begegnungen, die Konzerte, das Kulturprogramm, die Ausstellungen sowie das unbeschwerte Feiern in diesem Jahr teilweise gar nicht oder nur eingeschränkt genießen durften, sind die Künstler und Kreativen ungleich heftiger betroffen. Viele erfahren echte materielle Not und leiden unter Existenzängsten. Und trotzdem arbeiten wir hier an Veranstaltungskonzepten, die unter Auflagen funktionieren können. Wir wollen ein anspruchsvolles und vielseitiges Kulturprogramm auch in Zeiten von Corona ermöglichen. Leider werden wir durch die unübersichtliche und nicht vorhersehbare Lage beim Infektionsgeschehen immer auch Rückschläge hinnehmen müssen. Wir planen, wir verwerfen. Das ein oder andere vorbereitete Kulturereignis musste abgesagt werden. Gleichwohl lassen wir uns davon nicht entmutigen.

Nach dem Kulturjahr 2019 mit seinen vielen Höhepunkten kann schon jetzt das Jahr 2020 als ein Jahr der kulturellen Einschränkungen bezeichnet werden. Uns tut das weh. Wie 2021 sein wird, wissen wir noch nicht. Wir müssen allerdings von eingeschränkten Möglichkeiten ausgehen, werden aber je nach Lage trotzdem Veranstaltungen durchführen. Wir arbeiten auch schon an Ideen für das Jahr 2022, in dem wir unser 1250-jähriges Jubiläum feiern.

Die Arbeiten am Erkenbert-Museum waren hier und heute schon öfter Thema und beschäftigen natürlich auch das Haus selbst. Alles, was nicht baulich geleistet werden muss, leistet das Team der Restauratoren: die eingelagerten Objekte werden sorgsam verpackt und für den Transport vorbereitet.

Musikschule und Stadtbücherei sind gut durch die Krise gekommen. Sie waren in der Lage, immer rasch zu reagieren. In der Bücherei wird ein neues Verbuchungssystem eingeführt. Damit geht das Haus einen weiteren Schritt in Richtung Digitalisierung.

Durch das Streamen von Musikunterricht und Veranstaltungen haben beide Häuser weitere Kompetenz aufgebaut und sich nicht entmutigen lassen. Sie wurden belohnt: So hat die Musikschule kaum coronabedingte Kündigungen zu verzeichnen.

Nachdem in den vergangenen Jahren viele Vereinssportplätze saniert wurden, freuen wir uns darüber, dass im sportlichen Bereich weitere Baumaßnahmen anstehen, die wir bereits erwähnt haben.

Folie 25

Der Bereich Zentrale Dienste ist wie der Name schon sagt von zentraler Bedeutung für alle Bereiche. So war hier in der Corona-Krise viel neu zu regeln. Dabei wurde die Digitalisierung wichtiger und in der Umsetzung angekurbelt. Von jetzt auf gleich hat die Verwaltung reagiert, Home-Office-Arbeitsplätze geschaffen und bis heute beibehalten. Die IT-Abteilung war mit der technischen Infrastruktur vollumfänglich beschäftigt. Sei es der Support einzelner Mitarbeiter oder der Ruf nach Videokonferenzen. Plötzlich sollte alles digital stattfinden.

So konnten diverse Online-Dienste eingeführt werden. Die Terminvergabe via Internet erfreut sich großer Beliebtheit. Denn leider können wir in vielen Teilen die Verwaltung noch nicht wieder so öffnen, wie es der Bürger kennt und schätzt.

Mit dem Ruf nach Digitalisierung gingen auch handfeste Probleme einher, die wir abstellen konnten oder werden: Unser WLAN muss besser werden, wir müssen mehr Dienstleistungen ins Netz verlagern, wir benötigen mehr Software, um beispielsweise Bewerbungsprozesse zu vereinfachen. Denn wir wollen allein weitere 50 Planstellen

mit diesem Haushalt schaffen. Aber dies bedeutet, neben der Einstellung der Mitarbeiter, auch einen gesteigerten Raumbedarf für die neuen Kollegen.

Natürlich befassen wir uns hier auch weiter mit Organisationsuntersuchungen, die das Verwaltungshandeln künftig effizienter und professioneller werden lassen.

Im Bereich Zentrale Dienste kümmern wir uns im nächsten Jahr auch um die Durchführung der Wahlen und hoffen, die Städtepartnerschaften wieder mit lebendigen, zwischenmenschlichen Treffen feiern und bereichern zu können.

Auch die Rezertifizierung Frankenthals als Fair-Trade-Town ist hier im Bereich angesiedelt.

Folie 26

Übergreifend arbeitet auch die Gleichstellungsstelle von Frau und Mann sowie Teilhabe behinderter Menschen. Innerhalb der Verwaltung setzt sie sich für das Landesgleichstellungsgesetz ein. Hier sollen neue digitale Veranstaltungsformate entwickelt werden, damit die aktuelle Pause in der Netzwerkarbeit unterbrochen wird. Außerdem soll eine Handlungsempfehlung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erarbeitet werden.

Der Aktionsplan „Barrierefreie Stadt Frankenthal“ soll umgesetzt werden und ein Leitfaden zur Leichten Sprache entstehen. Hier geht es vor allem auch um den barrierefreien Zugang zu Onlinediensten. Aber nicht nur online, auch im wahren Leben sollen Angebote etabliert werden, die die Teilhabe am sozialen Leben fördern.

Folie 27

Heute möchte ich die Vorhaben und Planungen für unsere Eigenbetriebe und Eigen-gesellschaften nur streifen. Eine umfassendere Darstellung erfolgt bei Einbringung der jeweiligen Wirtschaftspläne.

Bei unserer Stadtklinik werden im Jahr 2021 viele entscheidende Weichen für die Zu-kunft gestellt. Trotz aller Probleme, die wir im Augenblick erfahren, hat das Haus mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großartiges Potential. Ich glaube an un-sere Stadtklinik. Die Unzulänglichkeiten und Lasten der Vergangenheit werden – so-weit noch nicht geschehen – 2021 abgearbeitet sein. Das Haus kommt zur Ruhe. Die Belastungen des Dienstbetriebs durch die externen Prüfer und Sachverständigen wer-den – soweit noch nicht geschehen – sehr zeitnah deutlich abnehmen. Der Prüfungs- und Beratungsumfang wird deutlich reduziert. Bei der Patientensicherheit und Qualität haben wir schon jetzt Verbesserungen erzielen können, die beispielhaft sind. Das im Krankenhausausschuss vorgestellte Konzept einer multimodalen Schmerztherapie wird 2021 starten. Die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für die Wiederabrechnung der Intensivkomplexbehandlung werden geschaffen. Das beinhal-tet auch organisatorische Veränderungen bei anderen medizinischen Abteilungen. Auch die Übernahme von Patienten zur Fortsetzung der Intensivkomplexbehandlung soll wieder nach klaren Leitlinien und Vorgaben aufgenommen werden. Hier stehen wir auch in einem engen und fruchtbaren Austausch mit der Ärztekammer.

Für die notwendigen Restrukturierungen im kaufmännischen Bereich sind die Weichen gestellt. Das Controlling wird gestärkt. Die Verantwortung wird auf mehr Schultern ver-teilt. Der kaufmännische Direktor wird durch einen Assistenten bei den zahlreichen Projekten unterstützt.

Die Planungen für das ehrgeizige Bauprogramm schreiten zügig voran. Wir planen beim Anbau der Psychiatrie mit einem Baubeginn noch im Jahr 2021. Anfang 2021 wollen wir für den Anbau am Standort in der Elsa-Brändström-Straße Baurecht schaffen. Natürlich werden auch der Neubau der Tagesklinik in Limburgerhof sowie die Planung der Großküche weiter vorangetrieben. Für das Gelände der bisherigen Tagesklinik im Metznerpark ist für 2021 ein städtebauliches Konzept für eine sinnvolle und vermarktbare Folgenutzung zu erstellen.

Notwendig werden zeitnahe Beschlüsse zur Erstellung und Umsetzung einer IT-Strategie sein. Hier haben wir erheblichen Nachholbedarf. Neuaufstellungen bzw. Ergänzungen in der medizinischen Gesamtstrategie sind zu diskutieren und einer Entscheidung zuzuführen. Gleichwohl müssen wir bei realistischer Planung 2021 auch mit einem deutlichen Betriebsverlust rechnen.

Im Eigen- und Wirtschaftsbetrieb Frankenthal (EWF) stehen für 2021 Gebäudesanierungen in den Friedhofshallen, die Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung sowie die Umsetzung des Grün-, Park- und Pflegekonzepts im Friedhof an. Der Fuhrpark des Wirtschaftsbetriebs wird Zug um Zug erneuert.

Beim CongressForum (CFF) konzeptionieren wir den Bau zusätzlicher Parkmöglichkeiten. Das Tagungs- und Kulturgeschäft wird uns im Hinblick auf Corona auch im Jahr 2021 vor große Herausforderungen stellen. Die gesellschaftsrechtliche Neustrukturierung im Hinblick auf den drohenden Wegfall der steuerlichen Verlustverrechnungen wird uns das ganze Jahr 2021 beschäftigen. Erste Weichen sind aber gestellt.

Die Stadtwerke sind für uns der wichtigste lokale Energieversorger. Sie haben bis heute eine hohe Kundenbindung und Akzeptanz. Er ist zuverlässiger Partner für Privat- und Geschäftskunden, Verbraucher und Vereine. Die Versorgungssicherheit für die nächsten beiden Dekaden hat bei den Stadtwerken auch weiterhin eine große Bedeutung. Die Stadtwerke stehen für dauerhafte und stetige Investition in Netze und Leitungen. Mit der Entscheidung für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes im Jahr 2021 erkennen wir endlich die Arbeit der vielen Mitarbeiter der Stadtwerke an, die schon seit Jahren unter mitunter räumlich unzulänglichen Bedingungen arbeiten müssen. Daneben ist es ein kraftvolles Bekenntnis zum Standort Frankenthal. Durch die bauliche Neuaufstellung werden die Stadtwerke im nächsten Jahr eine Rahmenplanung für die in Zukunft noch notwendigen und ggfs. nicht mehr benötigten Flächen initiieren.

Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Versorgern werden im Hinblick auf das herausfordernde Marktumfeld in der Energieversorgungsbranche ständig geprüft.

Neu aufgestellt haben wir uns auch bei Handel und Vertrieb. Das Industriekundengeschäft ist unter Berücksichtigung der Risiken und Margen zurückgeführt worden – eine Entscheidung, die uns in der Corona-Krise zu Gute gekommen ist.

Bisher konnten die Auswirkungen durch Corona im Kerngeschäft geringgehalten werden. Spürbare Verluste ergeben sich natürlich in der Bädersparte. Auch im Jahr 2021 ist mit geringeren Erlösen und höheren Aufwendungen zu rechnen. Die Auswirkungen des vom Bund beschlossenen Klimapakets werden im Hinblick auf Wechselbereitschaft und Preisakzeptanz genau zu analysieren sein.

Zum Abschluss meiner Haushaltsrede möchte ich mich bedanken bei

- den Kollegen im Stadtvorstand, Bernd Knöppel und Bernd Leidig
- dem Bereich Finanzen für die Bewältigung der Schwierigkeiten bei der Haushaltsaufstellung
- den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
- den Ausschussmitgliedern,
- den Bürgerinnen und Bürgern sowie
- Ihnen, den Stadtratsmitgliedern.

Folie 28

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.